

Auf der Suche nach Lösungen

Politik Wie sieht es mit der Altersarmut in Liechtenstein aus? Das wollte die VU mithilfe einer Interpellation in Erfahrung bringen – die Regierung hat am 26. Februar umfassendes Zahlenmaterial vorgelegt. Auf dieser Grundlage prüft die VU Lösungsansätze.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Den Landtagsvertretern der Vaterländischen Union sind in der Vergangenheit zahlreiche Fälle von relativer Armut von liechtensteinischen Seniorinnen und Senioren zugetragen worden. Das hat diese dazu veranlasst, zu reagieren. Sie lud die Regierung dazu ein, verschiedene Fragen zu beantworten, um auf der Basis von Zahlen und Fakten beurteilen zu können, in welchem Ausmass es Altersarmut in Liechtenstein gibt bzw. welches die wichtigsten Ursachen für die Einkommensschwäche von Rentnerinnen und Rentnern sind. Diese Zahlen liegen nun vor. Und sie bestätigen die Annahmen der VU zum Teil – überraschen andererseits aber auch.

«Beantwortung wird detailliert erörtert»

«Die VU-Fraktion wird die Interpellationsbeantwortung im Hinblick auf die Behandlung in der April-Sitzung des Landtags intern noch detailliert erörtern und diskutieren, inwieweit sie auf Basis der vorliegenden Zahlen und Fakten mit neuen Lösungsansätzen zu einer Verbesserung der finanziellen Situation im Rentenalter beitragen kann», so VU-Parteipräsident Günther Fritz. Die Beantwortung der im Rahmen des VU-Bürgerpakets eingereichten Interpellation zur finanziellen Situation im Rentenalter liefere umfassendes Zahlenmaterial und ausführliche Begründungen, um – wie gewünscht – auf der Basis von Zahlen und Fakten das reale Ausmass von Altersarmut in

Liechtenstein einschätzen zu können. «Dabei kommen Fakten zutage, welche einerseits die Vermutungen der Interpellanten bestätigen und andererseits eher überraschen», so Fritz.

Anzahl Rentner stärker gewachsen als Bezüger

Überraschend ist für Günther Fritz, dass sich die Entwicklung der Armutsquote, gemessen an der Bezügerquote von Ergänzungsleistungen der AHV-Rentner, kaum verändert hat. So sei der Anteil der Ergänzungsleistungsberechtigten Alters- und Hinterlassenenrentner in den letzten zehn Jahren immer zwischen rund 5 und 6 Prozent geblieben – eine klare Tendenz zur Verschlechterung habe die Regierung nicht feststellen können. Aufschlussreich ist für ihn auch das Ergebnis, dass die Anzahl Rentner mit Wohnsitz Liechtenstein von 2008 bis 2017 um 38 Prozent gewachsen ist, während die Anzahl der Bezüger von Ergänzungsleistungen dieser Kategorie nur um 24 Prozent zugenommen habe. «Das überrascht, weil man eher annehmen könnte, dass auch die Fallzahl der Bezüger von Ergänzungsleistungen zu solchen Renten ansteigt», so Fritz. Auffallend sei jedoch, dass die finanziellen Aufwendungen im gleichen Zeitraum um knapp 40 Prozent gestiegen seien. Die Regierung vermute, dass die Ursache in einer Änderung der Zusammensetzung der Bezüger liege. So führe die heute in Rente gehende Generation häufiger einen Ein-Personen-Haushalt und sei insgesamt weniger vermögend bzw. einkommensstark als frühere Generationen.



Vor allem Personen ohne zweite Säule sind einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt.

Bild: iStock

«Hier ist offenbar ein Trend erkennbar, dass die ins Rentenalter eintretende Wohnbevölkerung heute im Vergleich zu früheren Jahrgängen oft keine lückenlose Versicherungsdauer in Liechtenstein hat, aus anderen Staaten öfter nur geringe Leistungen beziehe

und während der Erwerbskarriere auch weiter in der Lage war, viel Ersparnis auf die Seite zu legen.»

Hohes Armutsrisiko ohne zweite Säule

Bestätigt sehen sich die Interpellanten hingegen in der Vermu-

tung, wonach Personen ohne eigene zweite Säule einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Entweder seien diese Rentnerinnen und Rentner nicht oder nur in geringem Ausmass erwerbstätig, oder sie hätten das Kapital bezogen und zumindest teilweise

verbraucht. Oder deren Rente sei so gering, dass Ergänzungsleistungen benötigt würden. Bestätigt werde auch klar die Vermutung der Interpellanten, dass ein Kapitalbezug aus der zweiten Säule bei der Pensionierung tendenziell zu einem Mehraufwand bei Ergänzungsleistungen führe.

«Druck von der zweiten Säule wegnehmen»

Zusammenfassend gelange die Regierung zum Schluss, so der VU-Parteipräsident, dass es keinen Grund gebe, die Sozialleistungen weiter auszubauen. Vielmehr sei laut Regierung darauf hinzuwirken, dass die für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten im Alter geschaffenen Systeme, also AHV und betriebliche Vorsorge, ihre vom Gesetzgeber gewünschte Wirkung entfalten können. «Die Interpellanten gehen mit der Regierung überein, dass im Bereich der Pensionskassen in den letzten Jahren leider eine Verschlechterung feststellbar ist, welche vor allem die jüngere Generation betrifft», hält Fritz fest. So sei insbesondere die Umstellung vom Leistungsprimat auf das Beitragsprimat oft mit Einbußen der Rentenleistung einhergegangen. Vor allem aber mussten aufgrund der in den letzten Jahren extrem geringen Zinsen die Rentenumwandlungssätze laufend gesenkt werden – so würden die Renten für jüngere Versicherte niedriger ausfallen als für Personen, die vor rund einem Jahrzehnt in Rente gegangen seien. «Die Politik wird also künftig generell gefordert sein, den entsprechenden Druck von der zweiten Säule wegzunehmen.»